

Demokratische Ordnung und Machtmissbrauch

[POLIDOCs-KAPITEL v1]

Zweck: Angriffe auf Wahlen, Gewaltenteilung, Kongresskontrolle und die verfassungsgemäße Machtübertragung dokumentieren.

Eintragseinheit: Eine Seite behandelt einen klar abgegrenzten Vorgang oder zusammenhängenden institutionellen Konflikt.

Aufnahmekriterien: Direkte Handlung Trumps oder seiner Regierung, erhebliche demokratische Relevanz und Primärbelege, amtliche Berichte oder belastbare Mehrquellenlage.

Pflichtinhalt: Chronologie, bestätigte Tatsachen, Rechts- und Verfassungsrahmen, Verfahrensstand, Trumps Position, Gegenargumente, Unsicherheiten und Quellen.

Abgrenzung: Bloße harte Parteipolitik ohne institutionellen Norm- oder Rechtskonflikt wird nicht aufgenommen.

Erweiterungsauftrag: Kandidaten deduplizieren, Primärmaterial priorisieren, Rechtsstatus exakt kennzeichnen, als Einzelseite veröffentlichen und Haupttimeline ergänzen.

- [Ukraine-Druck, Militärhilfe und erstes Impeachment](#)
- [Wahlumsturzversuch 2020, der 6. Januar und das zweite Impeachment](#)

Ukraine-Druck, Militärhilfe und erstes Impeachment

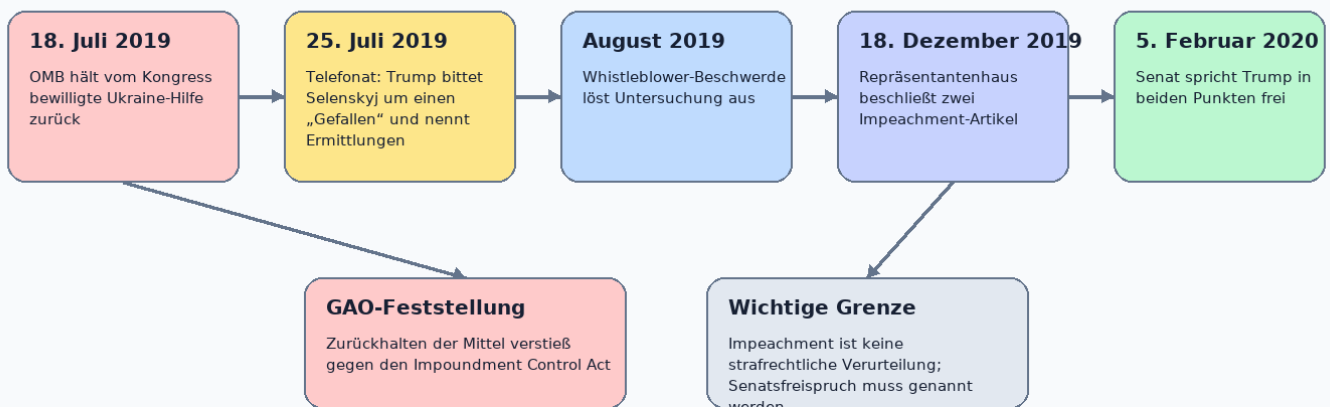
Stand: 11. August 2026

Kurzfazit

Trump drängte den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj 2019 zu Ermittlungsankündigungen, die seinem innenpolitischen Rivalen Joe Biden schaden konnten. Zugleich waren ein Treffen im Weißen Haus und vom Kongress bewilligte Militärhilfe zurückgehalten. Das Repräsentantenhaus erhob Anklage wegen Machtmissbrauchs und Behinderung des Kongresses; der Senat sprach Trump frei. Unabhängig davon stellte das überparteiliche Government Accountability Office fest, dass das Office of Management and Budget die Hilfe unter Verstoß gegen den Impoundment Control Act zurückhielt.

Ukraine-Affäre: vom Zurückhalten der Hilfe zum Impeachment

Chronologie und getrennte institutionelle Bewertungen



Quellen: Gesprächsmemorandum, H.Res. 755, House Inquiry Report, GAO B-331564, Senate Roll Calls

Das GAO-Rechtsurteil zum Zurückhalten der Mittel und das politische Impeachment-Verfahren sind getrennte institutionelle Bewertungen.

Chronologie

- **18. Juli 2019:** OMB teilt Behörden mit, die Ukraine-Hilfe werde angehalten.
- **25. Juli 2019:** Trump bittet Selenskyj im Telefonat nach dessen Hinweis auf US-Unterstützung um einen „Gefallen“ und spricht Ermittlungen zu 2016 sowie den Bidens an.
- **August 2019:** Ein Whistleblower reicht Beschwerde ein.
- **11. September 2019:** Die Mittel werden freigegeben.
- **18. Dezember 2019:** Das Repräsentantenhaus beschließt zwei Impeachment-Artikel.
- **5. Februar 2020:** Der Senat spricht Trump in beiden Punkten frei; Mitt Romney stimmt als einziger republikanischer Senator beim Machtmissbrauch für eine Verurteilung.

Beweislage

Das vom Weißen Haus veröffentlichte Gesprächsmemorandum, Zeugenaussagen und Dokumente belegen den Wunsch nach öffentlich angekündigten Ermittlungen. Der Impeachment-Bericht sah darin die Nutzung öffentlicher Macht für persönlichen politischen Vorteil. Trump bestritt ein Quidproquo und verwies auf Korruptionsbekämpfung sowie die Tatsache, dass die Hilfe schließlich ohne ukrainische Ermittlungsankündigung floss.

Diese Gegenargumente ändern nicht die gesonderte GAO-Feststellung: Ein Präsident darf kongressgesetzlich bewilligte Mittel nicht aus eigenen politischen Gründen zurückhalten. Das GAO beurteilte die Handlung von OMB als Gesetzesverstoß, nicht Trump persönlich als strafrechtlich schuldig.

Bewertung

Festgestellt: rechtswidriges Zurückhalten der Hilfe durch OMB.

Politisch festgestellt: Impeachment durch das Repräsentantenhaus.

Ebenfalls zwingend zu nennen: Freispruch durch den Senat.

Nicht erfolgt: Strafprozess oder strafrechtliche Verurteilung Trumps wegen dieses Vorgangs.

Quellen

1. Weißes Haus, Memorandum des Telefonats Trump–Selenskyj, 25.07.2019, archiviert:
<https://trumpwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2019/09/Unclassified09.2019.pdf>

2. U.S. House of Representatives, H.Res. 755: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/755>
3. House Intelligence Committee, *The Trump-Ukraine Impeachment Inquiry Report*, Dezember 2019: <https://www.congress.gov/116/crpt/hrpt335/CRPT-116hrpt335.pdf>
4. U.S. GAO, B-331564, 16.01.2020: <https://www.gao.gov/products/b-331564>
5. U.S. Senate, Roll Calls zum Impeachment, 05.02.2020:
https://www.senate.gov/legislative/LIS/roll_call_lists/vote_menu_116_2.htm

Wahlumsturzversuch 2020, der 6. Januar und das zweite Impeachment

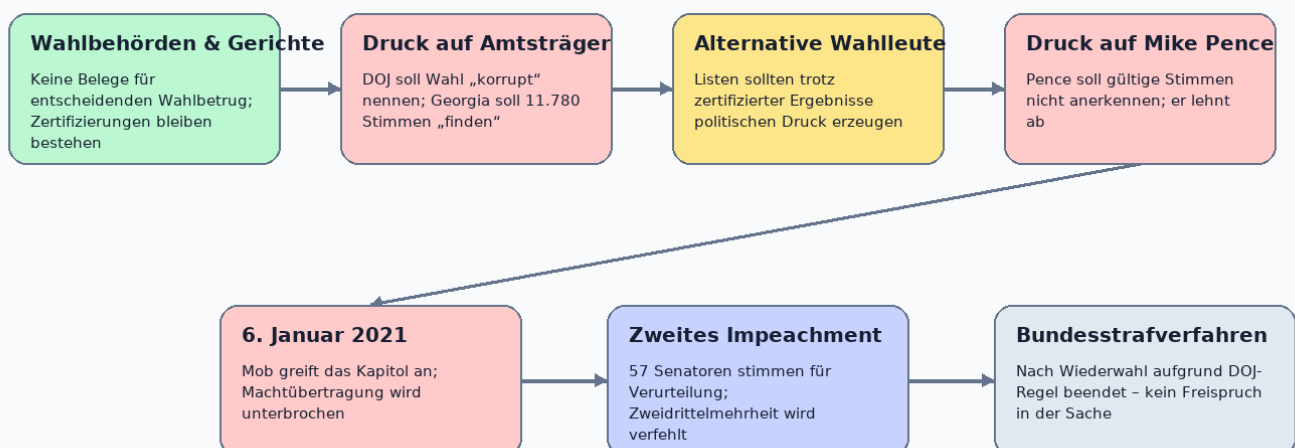
Stand: 11. August 2026

Kurzfazit

Nach der Wahlniederlage 2020 versuchte Trump, das zertifizierte Ergebnis zu verändern: durch wissentlich oder leichtfertig wiederholte Betrugsbehauptungen, Druck auf Staats- und Bundesbeamte, den Plan alternativer Wahlleute und Druck auf Vizepräsident Mike Pence. Am 6. Januar griff ein Mob das Kapitol an. Trump wurde ein zweites Mal impeacht und im Senat freigesprochen. Die Bundesanklage gegen ihn endete nach seiner Wiederwahl aufgrund der DOJ-Regel gegen die Strafverfolgung amtierender Präsidenten, nicht durch Freispruch in der Sache.

Vom Wahlergebnis zum 6. Januar

Die wichtigsten Druckpfade und der spätere Verfahrensstand



Quellen: Wahlzertifikate und Gerichtsakten, Raffensperger-Anruf, January 6 Report, H.Res. 24, Smith Report

Die Grafik trennt belegte Druckhandlungen, den Angriff auf das Kapitol, das Impeachment und das später ohne Sachentscheidung beendete Strafverfahren.

Schlüsselergebnisse

- **3. November-14. Dezember 2020:** Gerichte, Wahlbehörden und Trumps eigenes Justizministerium finden keine Belege für Betrug in einer Größenordnung, die das Ergebnis geändert hätte.
- **27. Dezember:** Trump drängt DOJ-Führungskräfte, die Wahl „korrupt“ zu nennen und den Rest ihm und republikanischen Abgeordneten zu überlassen; sie lehnen ab.
- **2. Januar 2021:** Trump fordert Georgias Secretary of State Brad Raffensperger auf, „11.780 Stimmen zu finden“.
- **6. Januar:** Trump wiederholt Betrugsvorwürfe, fordert Anhänger zum Marsch zum Kapitol auf und greift Pence öffentlich an. Während der Gewalt vergeht erhebliche Zeit bis zu einer eindeutigen Aufforderung, das Kapitol zu verlassen.
- **13. Januar:** Das Repräsentantenhaus impeacht Trump wegen „incitement of insurrection“.
- **13. Februar:** Der Senat stimmt 57 zu 43 für Verurteilung, verfehlt aber die notwendige Zweidrittelmehrheit.

Strafrechtlicher Stand

Sonderermittler Jack Smith erhob 2023 Bundesanklage wegen Verschwörung zum Betrug an den USA, Behinderung eines amtlichen Verfahrens und Verschwörung gegen Rechte. Nach *Trump v. United States* musste zwischen offiziellen und privaten Handlungen unterschieden werden. Smith reichte 2024 eine angepasste Anklage ein. Nach Trumps Wiederwahl beantragte er die Einstellung ohne Präjudiz, weil DOJ einen amtierenden Präsidenten nicht strafrechtlich verfolgt. Damit gibt es keine Sachentscheidung über Schuld oder Unschuld.

Gegenargumente

Trump beruft sich auf Redefreiheit, anwaltlichen Rat, echte Zweifel am Ergebnis und die Formulierung, Anhänger sollten „friedlich und patriotisch“ demonstrieren. Diese Punkte sind relevant. Sie erklären aber nicht sämtliche nichtöffentlichen Druckhandlungen oder den alternativen Wahlleuteplan. Der Ausschuss und die Anklage stützten sich außerdem auf zahlreiche Hinweise aus Trumps Umfeld, dass zentrale Betrugsbehauptungen falsch waren.

Bewertung

Die Beweislage für einen koordinierten Versuch, das rechtmäßige Wahlergebnis zu kippen, ist stark und durch Primärmaterial breit dokumentiert. Eine strafrechtliche Verurteilung Trumps hierzu existiert nicht. Der Senatsfreispruch und die spätere verfahrensrechtliche Einstellung müssen zusammen mit den Tatsachen genannt werden.

Quellen

1. January 6 Select Committee, Abschlussbericht, 22.12.2022:
<https://www.congress.gov/117/crpt/hrpt663/CRPT-117hrpt663.pdf>
2. U.S. House, H.Res. 24, 13.01.2021: <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/house-resolution/24>
3. U.S. Senate, Roll Call 59, 13.02.2021:
https://www.senate.gov/legislative/LIS/roll_call_votes/vote1171/vote_117_1_00059.htm
4. U.S. Supreme Court, *Trump v. United States*, 01.07.2024:
https://www.supremecourt.gov/opinions/23pdf/23-939_e2pg.pdf
5. DOJ, Bericht des Sonderermittlers Jack Smith, Band 1, Januar 2025:
<https://www.justice.gov/storage/Report-of-Special-Counsel-Smith-Volume-1-January-2025.pdf>